

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsanstalt: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1238

Organ für das werktätige Volk

Postamt: Edle, Scharnhorst, Dresden.  
Bau der Arbeiter, Anstalten  
und Gewerkschaften, Dresden.  
Verleger: Raben & Comp., Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalt, bei der Verleger der Dresdner Volkszeitung seinen Vertrieb auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Verlegt mit der täglichen Ausnahme von Feiertagen, Abends 7 Uhr, Montag bis Freitag, 12 Uhr, Samstag 10 Uhr, Sonntag 11 Uhr, in der Verlagsanstalt Raben & Comp., Dresden, Nr. 1238.

Schriftleitung: Wilmanns, Nr. 1238, Dresden.  
Redaktion: Wilmanns, Nr. 1238, Dresden.  
Verlagsanstalt: Raben & Comp., Dresden, Nr. 1238.

Abonnementpreis: Ein Jahrgang: 12 M., 6 Monate: 6 M., 3 Monate: 3 M., 1 Monat: 1 M., 10 H. Einzelhefte: 10 H.

70

Dresden, Dienstag, den 24. März 1931

42. Jahrgang

## Am die Steuern, Zölle und die Parlamentsvertretung

Berlin, 24. März. (Sig. Funk.) Der Reichstag hat die letzten Abendstunden mit den Führern der Reichstagspartei verbracht. Mit den Führern der Reichstagspartei und den Reichstagspartei wurde vor allem die Frage erörtert, was im Reichstag geschehen soll, nachdem im Plenum die Steuererträge der Sozialdemokratie angenommen worden sind. In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die Reichstagspartei sich bemühen wird, den Reichstag zur Einlegung des Einspruchs gegen die Steuererträge des Reichstags zu bewegen.

Die Verhandlungen von Regierungsmitgliedern mit Sachverständigen der Parteien über die Zollvorlage, durch die die Steuererträge erhöht werden sollen, wurde heraus- oder heruntergerufen, wurden ebenfalls noch zu keinem Ergebnis gebracht. Die Frage ist, ob die Zollvorlage an bestimmte Stellen geknüpft werden soll und an welche. Insbesondere, ob es sich bei der Anwendung der Zollvorlage um eine Erhöhung der Steuern und ob dabei noch der Lebenshaltungsindeks zu berücksichtigen ist. Die Frage ist noch nicht vollständig geklärt. Die Verhandlungen sollen heute fortgesetzt werden.

Wichtig ist noch die Frage der Vertagung des Reichstags. Angeht es die Einigung dahin, daß nach der Vertagung des Reichstags das Parlament nur auf Vereinbarung des Reichstagspräsidenten und Reichsregierung beschränkt werden soll, und zwar, sobald sich die Notwendigkeit herausstellt.

## Verdacht eines Hafentrennmörders

Der Hafentrennmörder Wosl in Hamburg, der Regierungsrat Wosl niederschloß, ist der typische nationalsozialistische Mörder. Er stammt aus angesehener Familie, sein Vater ist in einer kleinen Stadt in der Rheinburger Gegend. Er schickte seinen Sohn aufs Gymnasium. Als Student verlor er die Schule und kam in den Krieg. Nach dem Krieg wollte er nicht weiter lernen, er wollte Landknecht werden. So trieb er sich bei den Kameraden herum, u. a. auch bei einer nationalsozialistischen Marinebrigade. Im Jahre 1925 wurde ihm bei der Hamburger Ordnungspolizei eine Anstellung zu finden. Er war nicht besonders intelligent und wurde des Öfteren verurteilt, weil er sich

gegen die typische nationalsozialistische Mörder. Durch den Ausbruch der nationalsozialistischen Bewegung, im Lande, in den nationalsozialistischen Formationen verlor er die Kontrolle über sich selbst, gegenüber dem Menschlichen. Bei solchen Mordtaten bedarf keine weitere Erklärung, die nationalsozialistische Bewegung zum Ausdruck werden. Subjekte wie dieser Wosl immer wieder. Bleibt nur eine Frage: Wie kam ein solches Subjekt in die nationalsozialistische Bewegung?

## Bankskandal in Paris

Paris erlebt in diesen Tagen einen für den Reichstag vielerlei Art typischen Bankskandal. Bekanntlich führt die nationalsozialistische Bewegung, seine Gelder in gut funktionierenden Unternehmen anzuwenden, dazu, daß er seine nationalsozialistischen Unternehmen anvertraut, die ihm durch die nationalsozialistische Bewegung, den Himmel auf den Kopf zu schlagen. Es handelt sich diesmal um den Bankskandal der französischen Kreditparibas, die seit 1928 ein aus Algerien stammendes französisches Unternehmen gegründet hatte. Mit den ihm anvertrauten Geldern wurde ein Unternehmen gegründet, das die nationalsozialistische Bewegung mit ihnen auf eigene Rechnung an der Börse. Da die nationalsozialistische Bewegung, geriet er natürlich schnell in finanzielle Schwierigkeiten. Das brachte den Bankier in finanzielle Schwierigkeiten. Er gab Kassenbons mit einem Nennwert von 300.000 Franc für die nationalsozialistische Bewegung, die Kassen der Bank immer noch in seinen Händen hatten, aber wahrscheinlich waren diese Kassenbons nicht mehr als ein Stück Papier. Der Bankier des Bankiers bestand. So wurden seine nationalsozialistischen Unternehmen auf 300.000 Franc an. Da die Kassenbons noch kein Geld von der Bank erhalten konnten, strengten die nationalsozialistischen Unternehmen überdrüssig und schließlich auch mißtrauisch geworden, endlich eine Klage gegen die nationalsozialistische Bewegung zu stellen. Bei der Klage, die von der Polizei in der Bank vorgenommen wurde, wurde die nationalsozialistische Bewegung als in der Bank nicht ein einziges Kontobuch enthalten, aber in der nationalsozialistischen Bewegung ein einziges Kontobuch. Einzigartig ging es zum Teil ein halbes Jahr all waren. Inzwischen ging es natürlich in der nationalsozialistischen Bewegung ein einziges Kontobuch, das eine wichtige Anzahl von nationalsozialistischen Unternehmen, das ganze Personal der Bank bestand, wie nationalsozialistische Bewegung, aber ein einziges Kontobuch, der nationalsozialistische Bewegung, Kassen, Bücher und - Studienbücher. In der nationalsozialistischen Bewegung und des nationalsozialistischen Bewegung wurde von einer nationalsozialistischen Bewegung aus dem Hause demant...

## Die sozialdemokratischen Steuerforderungen

# Einspruch des Reichsrats?

## Der bürgerliche Widerstand gegen Belastung der Großverdiener

Im Reichstag wurden am Montag die sozialdemokratischen Steuererträge angenommen, die eine 20prozentige Steuer von allen Aufsichtsratsanteilen und eine Erhöhung des Zuschlages zur Einkommensteuer von 5 auf 10 Prozent bei allen Einkommen über 20.000 M. vorsehen.

Bisher beträgt die Einkommensteuer nach der Rotterdamer Ordnung vom 27. Juli 1930 nur 2½ Prozent, und nach derselben Rotterdamer Ordnung wird bei allen Einkommen von über 8000 M. ein Zuschlag zur Einkommensteuer von 5 Prozent erhoben.

Die sozialdemokratische Fraktion ist bei der Aufstellung ihrer Forderungen sehr zurückhaltend gewesen, sie hat nicht gefordert, was bei der berechtigten Not ohne weiteres gefordert werden würde, daß bei allen Einkommen über 8000 M. der Zuschlag auf 10 Prozent erhöht wird, sondern sie hat sich darauf beschränkt, eine Erhöhung des Einkommensteuersatzes nur für die besonders leistungs-fähigen Steuerzahler mit einem Einkommen über 20.000 M. zu fordern.

Wird Gejet, was unsere Fraktion forderte, so würden nur Steuerzahler betroffen, die die ihnen zugeordnete Wehrbelastung leicht tragen können. Mit den hohen Aufsichtsratsanteilen, die ihre Einkommen in der Regel ohne jeden nennenswerten Arbeitsaufwand erzielen, braucht wirklich niemand Mitleid zu haben, und die Menschen mit einem Einkommen von über 20.000 M. können sehr wohl noch einige hundert oder, wenn es sich um ganz große Einkommen handelt, einige tausend Mark mehr Steuern zahlen, ohne daß sie in ihrer Existenz bedroht sind.

Durch die Annahme der sozialdemokratischen Anträge im Reichstag sind freilich die Gejeite noch nicht unter Dach und Fach. Der Reichsrat kann gegen die Beschlüsse des

Reichstags Einspruch erheben. Geschieht das, dann kann der Reichspräsident über die Frage einen Volksentscheid anordnen, was selbstverständlich in diesem Falle nicht geschehen wird. Weist der Reichsrat mit Zweidrittelmehrheit den Einspruch des Reichsrates zurück, dann muß allerdings der Reichspräsident das Gesetz verkünden oder einen Volksentscheid anordnen. Da im Reichstag eine Zweidrittelmehrheit für die sozialdemokratischen Steuererträge nicht vorhanden ist, würde voraussichtlich ein Widerspruch des Reichsrates verhindern, daß die sozialdemokratischen Anträge Gesetz werden.

Doch im Reichsrat ist eine Mehrheit für einen Einspruch nicht zu erwarten. Die gegenwärtigen Zusammensetzung der meisten deutschen Landesregierungen sehr wahrscheinlich, selbst dann, wenn die preussische Regierung sich gegen den Einspruch wendet. Die preussische Regierung vertritt nur über die Hälfte der preussischen Reichsratsstimmen, während die andere Hälfte der Stimmen von Vertretern der preussischen Provinzen geführt wird, die zum Teil recht stehenden Parteien angehören und daher für den Einspruch stimmen dürften.

Wie unberechtigt die Einwände gegen die sozialdemokratischen Forderungen sind, haben wir schon mehrfach dargestellt. Die deutschen Kapitalisten und ihre Vertreter in den Parlamenten und in den Regierungen sträuben sich mit Händen und Füßen dagegen, daß den Besitzenden die Opfer auferlegt werden, die sie bei der entsetzlichen Notlage eines so großen Teiles des Volkes tragen müßten. Das deutsche Volk bekommt jetzt die Quittung für den Ausfall der Wahlen am 14. September.

Hätte das deutsche Volk am 14. September besser gewillt, so wäre im Reichstag eine 2/3-Mehrheit für die sozialdemokratischen Steuererträge vorhanden, und der Reichsrat könnte mit seinem Einspruch nichts ausrichten.

# Aufregung im Ausland

## Proteste gegen die deutsch-österreichischen Vereinbarungen

Die Meldungen über den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion haben im Ausland starke Proteste hervorgerufen, und zwar besonders in Frankreich und der Tschechoslowakei. Die französische Regierung hat sich bereits mit dem Plan beschäftigt, und die französische Presse behauptet sich sehr aufgeregt. So spricht die Echo de Paris von einer Wiederherstellung des Pan-Germanismus, der mit dem deutsch-österreichischen Zollverein anfangen würde. Der Matin veröffentlicht Auslassungen des Journalisten Sauerwein, der über die Auffassung des Ministeriums des Auswärtigen in der Regel sehr gut unterrichtet ist. Danach werde der deutsch-österreichische Plan als eine ungeschickliche der deutschen Diplomatie aufgefaßt.

Die deutschen Diplomaten wollten offenbar Brandstiftung, daß sie auch eine Europa-Union, und zwar mit Deutschland und Österreich als Kern, zustande bringen könnten. Sauerwein glaubt daher, daß die Außenminister der Großmächte von der deutsch-österreichischen Kombination alles ablehnen würden, was der Auffassung einer europäischen Union zuwiderläufe. Von dem Generalsekretär des französischen Ministeriums des Auswärtigen seien bereits dem deutschen Botschafter in der Reichshalle der französischen Regierung mitgeteilt worden. Nur Leon Blum wendet sich in dem sozialdemokratischen Populäre gegen die mannigfachen Kundgebungen der bürgerlichen Presse. Es sei klar, so meint er, daß Österreich sich zu Deutschland hingezogen fühle. Wien soll in einer Unterredung mit dem deutschen Botschafter erklärt haben, er müsse auch erst weitere Einzelheiten abwarten.

Auch in der tschechischen Presse wird vielfach gegen das Abkommen Sturm gelaufen. Die Zollunion, so wird behauptet, sei ein Vorwand für den politischen Anschluß, ein Beitritt der Tschechoslowakei zur Zollunion wäre aus politischen Gründen unmöglich. Die tschechischen Koalitionsparteien richteten im Senat an den Außenminister Beneš eine Interpellation, in der gefordert wird, daß durch das deutsch-österreichische Abkommen die Interessen der Tschechoslowakei in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht berührt werden. Beneš soll sich darüber äußern, in welcher Weise die tschechische Regierung vorgehen

wolle, um ihre Interessen und die ihrer Verbündeten zu schützen.

In London hat man begrifflicherweise die Nachricht ruhiger aufgenommen, aber auch dort soll sie verstimmend gewirkt haben. Das Blatt der Arbeiterpartei, Daily Herald, führt u. a. aus, daß die Klausel des Vertrages von St. Germain, die den politischen Zusammenschluß zwischen Deutschland und Österreich verbietet, eine der größten Torkheiten des Friedensschlusses von 1919 gewesen sei, aber die Verbotsklausel in Europa bestehe nun einmal. Dr. Curtius und Dr. Schöber wären flüchtig beraten gewesen, wenn sie nach etwas gewartet hätten, auf jeden Fall wäre es ein schwerer Schicksal, die selbstverständliche internationale Verpflichtung außer acht zu lassen und durch die plötzliche und geheime Art des Abkommens Verdacht zu erwecken. Die gleiche Auffassung kommt auch in der englischen konservativen Presse zum Ausdruck.

In Wien haben am Sonnabend die diplomatischen Vertreter Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei bei Schöber Einspruch gegen die geplante Zollunion erhoben und sich dabei auf das Genfer Protokoll von 1922 berufen. Damals übernahmen England, Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei eine Garantie für eine Anleihe, die Österreich gewährt wurde, und in einem in Bezug von der österreichischen Regierung unterschriebenen Protokoll ist gefolgt:

„nach den Bestimmungen des Artikels 84 des Vertrages von Saint Germain ihre Unabhängigkeit nicht antreten zu lassen, und sich jeder Verbindung und jeder wirtschaftlichen oder finanziellen Verpflichtung zu enthalten, die diese Unabhängigkeit direkt oder indirekt gefährden könnte. Diese Verpflichtung hindert jedoch die österreichische Regierung nicht in ihrer Freiheit in Bezug auf die Zolltarife und die Handelsverträge gemäß dem Vorkriegsstand. Österreich darf auch seine wirtschaftliche Unabhängigkeit nicht antreten lassen durch die Ermächtigung besonderer Vorteile an irgendeinen einzelnen Staat.“

Es wird natürlich von den Einzelheiten des zwischen Deutschland und Österreich abzuschließenden Abkommens und von der Auslegung, die man der in Frage kommenden Stelle des Genfer Protokolls gibt, abhängen, ob ein Verstoß